

## Bitte Abstand halten!

Zu: „Alle Passagiere in zwei Busse gesteckt“, FR-Regional vom 26. März

Dass Fraport sich nicht an die Regeln hält, ist an sich schon zu verurteilen. Wenn aber ein Mitarbeiter der Gesundheitsbehörde, der die Einhaltung dieser Regeln überwachen soll, sich so verantwortungslos äußert, ist das skandalös. Genau so stellt man sich die Bedeutung von „Verantwortung“ bei Behörden im schlimmsten Fall vor. Ich finde, Herr Götsch hat den falschen Arbeitsplatz.

Eberhard Rehberger, Neu-Isenburg

## Ohne Gesundheits-Check herausgewinkt

Nachdem Sie im Lokalteil einen Bericht gebracht haben, mit welcher Nachlässigkeit ankommende Flugpassagiere behandelt werden, habe ich von einem Freund eine ganz ähnliche Geschichte gehört, die sich neulich zugetragen hat: Die Passagiere vom Flieger aus den Malediven wurden ohne jegliche Gesundheitsbefragung und Gesundheits-Check einfach durchgewinkt, worauf sich eine der betroffenen Passagier\*in guten Mutes in ihr 300-Seelen-Dorf in Nordhessen begab ...

Haben die Verantwortlichen am Flughafen es nicht nötig, das Ihre zur Verhinderung der Coronaverbreitung beizutragen – während die ganze übrige Nation sich mit der Kontaktsperre arrangieren muss?

Jürgen Reichel-Odié, Frankfurt

Diskussion: [frblog.de/coronavirus](http://frblog.de/coronavirus)

## Ein großes Dankeschön

Homeoffice: „In eigener Sache“, FR-Titel vom 23. März

Ihnen allen, die Sie weiterarbeiten können, und auch allen Austräger\*innen ein großes Dankeschön dafür, dass ich mich wie bisher an jedem Morgen über die FR in meinem Briefkasten freuen kann! Viel gute Wünsche und herzliche Grüße Ihnen und auch denen, die zwangsläufig pausieren müssen.

Doris Müller-Fisher, Frankfurt

## Froh über die tägliche Information

Meinen Dank an die Redaktion. Jahrelang habe ich nicht groß darüber nachgedacht, welche Leistungen erbracht werden müssen, damit ich täglich die FR lesen kann. Das hat sich seit einigen Jahren geändert. Wenn ich mir vorstelle, welche Verantwortung Sie für unsere Demokratie mit ihrer Berichterstattung und Wertung von Ereignissen haben, muss ich ihnen meinen Dank und meine große Anerkennung für ihre Arbeit aussprechen. Demzufolge zahle ich ohne murren den Abo-Beitrag für die FR und die Rundfunkgebühren für die öffentlichen Medien. Was bin ich froh, dass es diese Informationsquellen für uns, für mich gibt.

Reinhard Schemionek, Wustrow



**BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION**

### Schreiben Sie an:

Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

### Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

### Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder  
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

## Die Coronakrise hat unser Land verändert

Zu: „Die Pandemie ist gefährlich für die Demokratie“ u. „Verfassungswidriger Eingriff in Freiheitsrechte“, FR-Politik v. 26.3.

### Freiheit bedeutet auch Verantwortung

Grundgesetz Artikel 2, Abs. 1: „Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.“ Meine Freiheit hört da auf, wo die des anderen beginnt. In Zeiten wie diesen sollte man also nicht herumwettern und Politiker dafür kritisieren, dass sie ihre Entscheidungen auf Expertenrat stützen. Letztendlich profitieren wir alle davon, dass diesmal auf tatsächliche Experten und nicht auf die Einflüsterer von Lobbyisten mit zweifelhafter Motivation gehört wird. Im übrigen werden diese Beschlüsse der Ausgangs- und Kontaktbeschränkung auf parlamentarischer Basis getroffen und sind nicht die Entscheidung einer Einzelperson. So viel zum Panik-Thema „Demokratie in Gefahr“.

Freiheit bedeutet auch Verantwortung, die ich als Einzelperson für das Gelingen des Gemeinwohls habe. Diese nun tatsächlich zu übernehmen, ist das Gebot der Stunde. Wenn Einzelne das aufgrund mangelnder sozialer Intelligenz nicht selbstständig leisten können, ist es Sache der Politik, diese einzufordern – zu Recht. Gleichzeitig muss gewährleistet sein, dass Kleinbetriebe und Kultur weiter bestehen können. Das zu stemmen ist ebenfalls die Aufgabe eines Sozialstaats im Ausnahmezustand, und zwar ganz im demokratischen Sinne, damit der Laden weiterlaufen kann. Noch mehr Panikmache hilft da wenig.

Jutta Schneider, Karben

### Gesundheitsschutz hat Vorrang

Die Coronakrise hat unser Land verändert. Vieles, was beschlossen wurde hätte man diskutieren müssen. Im jetzigen Moment ist eine solche Debatte nicht angebracht. Schnelles Handeln ist gefragt. Später werden wir noch viel darüber reden, was die Krise mit diesem Land gemacht hat. Der Gesundheitsschutz der Bür-

ger hat Vorrang, und genau deshalb muss man den Ländern und Kommunen weitreichende Befugnisse für Verbote zugestehen – auch über Paragraphen hinaus. Sinn und Zweck ist es doch, die Ausbreitung von Infektionen zu verhindern. Wenn alle anderen Mittel ausgeschöpft sind und wir von anderen Ländern gelernt haben, dass nur durch eine gewisse Beschränkung der Bewegungsfreiheit unser Gesundheitssystem nicht zusammenbricht, muss es möglich sein den Menschen zumindest zeitweise diese Beschränkung aufzuerlegen. Der zeitliche Rahmen wird nicht überzogen werden, wenn man sich an der Medizin orientiert.

Es gibt eine stattliche Liste von Ausnahmen zu dieser Beschränkung: Einkaufen, Arbeit, medizinische Versorgung, aber auch ein Mindestmaß an Bewegungsfreiheit bleiben möglich. Wir werden nicht in unseren eigenen vier Wänden eingesperrt. Es ist eine schwere Krise, und wir stehen erst am Anfang – eine Situation, die es noch nicht gab. Auch der Gesetzgeber konnte nichts von Corona ahnen.

Viola Schneider, Kassel

### Schaffen wir die Kirche aus dem Dorf!

Wer fordert, man solle die Kirche im Dorf lassen, ist in der Pflicht zu erklären, wie das Problem mit geringeren Mitteln zu lösen ist. Herr Mehring meint, man solle eben „ganz nüchtern die Dimensionen der Bedrohung durch das Virus betrachten“. Versuchen wir es: Ein mögliches Szenario ist die Verbreitung des Virus auf den Großteil der Bevölkerung, bis die sogenannte Herdenimmunität hergestellt ist, die Neuinfektionen also abnehmen. Wenn das bei 60 Millionen Infizierten eintritt, haben wir bei vier Prozent Intensivstationspflichtigen 2,4 Millionen Schwerstkranke und bei einer Mortalität von 0,5 Prozent 300.000 Tote. Wenn es gelingt, die Infektionsrate so zu strecken, dass die Intensivbetten – sagen wir, es stehen immer 30.000 zur Verfügung und jeder Kranke braucht nur eine Woche Intensiv-

versorgung (was zu optimistisch ist) – immer reichen, dauert die Epidemie 80 Wochen. Sie wäre unter diesen Bedingungen kürzer, wenn in etwa einem Jahr ein Impfstoff verfügbar ist. Wenn die Neuinfektionen jedoch nicht durch Kontaktbeschränkungen reduziert werden und sich in der Woche nur verdoppeln – momentan verdrei- bis vervierfachen sie sich –, sind die 60 Millionen in der ersten Junihälfte erreicht, das Gesundheitssystem bricht zusammen, und wir haben vielleicht doppelt so viele Tote.

Ergebnis dieser Betrachtung? Ich meine, für 300.000 Menschenleben kann man schon mal eine Kirche aus dem Dorf schaffen, die aktuell laufenden Maßnahmen wären richtig. Da ich selbst Arzt bin, stelle ich hier, gern mit „diktatorischem Pathos“, fest, dass das ein realistisches Szenario ist. Es kann natürlich auch anders kommen. Man muss in solchen Situationen die wahrscheinlichen Entwicklungen in den Blick nehmen. Wer dies tut, den sollte man nicht als überfordert diskreditieren, weil er nicht alles sicher vorhersagen kann.

Diktatur der Virologen? Die Entscheidungen haben Politiker mit Mandaten getroffen, die sich u.a. von Virologen beraten lassen. Diese Fachleute stellen ihr Fachwissen zur Verfügung und erklären ihre Empfehlungen, denen kein Entscheidungsträger zu folgen braucht. Es ist natürlich richtig zu überprüfen, ob die einschneidenden Maßnahmen rechtens sind. Dies ist die Aufgabe der Akteure, von Gerichten, nicht zuletzt des Bundesverfassungsgerichts. Dass die ergriffenen Maßnahmen unverhältnismäßig sind, wie Frau Edenharter nahelegt, will mir angesichts des oben beschriebenen Szenarios nicht einleuchten.

Wir stehen vor einem furchtbaren Dilemma. Die Einschränkungen der Freiheit werden bislang hingenommen. Wenn die Botschaften der Gerichte von der Politik akzeptiert werden, kommt die Demokratie eher nicht zu Schaden.

Jörg Rosin, Göttingen

Diskussion: [frblog.de/gefahr](http://frblog.de/gefahr)

## Die Krise muss für radikale Überlegungen genutzt werden

Pandemie: „Es droht ein Massensterben“, FR-Politik vom 25. März

Das Gebot der Stunde: Grundsätzlicher denken und handeln! UNO-Generalsekretär António Guterres hat vor wenigen Tagen (weitgehend unbemerkt von der medialen Öffentlichkeit) eine Brandrede für die Zukunft der Menschheit gehalten mit der Kernaussage: „Die Wut des Virus zeigt die Torheit des Krieges. Deshalb fordere ich heute einen sofortigen globalen Waffenstillstand in allen Teilen der Welt.“

In der Tat: Unvorstellbare 1700 Milliarden Euro sind im vergangenen Jahr für Rüstung und Kriege ausgegeben, verschwendet worden – davon 70 Prozent von den Nato-Ländern und ihren Verbündeten. Für Ent-

wicklungshilfe wurden bescheidene 120 Milliarden Euro aufgewendet, die dann auch noch zu 80 Prozent in die Kassen der Unternehmen der Geberländer flossen. Rüstung verschwendet ungeheure Ressourcen, wertvollste Rohstoffe; ein Manöver wie das gerade dem Virus zum Opfer gefallene vor der russischen Grenze produziert derart katastrophale ökologische Schäden wie ein Zehn-Millionen-Volk in einem ganzen Jahr. Diese ungeheuren Summen sind dringend erforderlich für die Verbesserung des Gesundheitssystems auf der gesamten Erde, die Trinkwasserversorgung und globale Wiederaufforstungen dazugenommen.

Da mir als Friedens- und Konfliktforscher gerade in einer derart zugespitzten innergesellschaftlichen Lage auch am inneren Zusammenhalt des Gemeinwesens gelegen ist: Die Krise muss genutzt werden für weitere radikale Überlegungen, die über die (absolut notwendige) dauerhafte Besser-Entlohnung von Pflege- und Einsatzkräften hinausgeht. Immer noch lagern weitgehend unberührt von Finanzämtern, geschweige denn Staatsanwaltschaften, 600 Milliarden Euro deutscher Provenienz in Steueroasen. Der jährliche (!) Steuerhinterzug in Deutschland wird auf mehr als 120 Milliarden Euro geschätzt,

die sogenannte „Steuervermeidung“ dürfte ein Mehrfaches erreichen.

Dem UNO-Generalsekretär ist unbedingt Folge zu leisten: Vor dem Appell an das Spendenbewusstsein der eh gebeutelten „kleinen Leute“ sollte der Rüstungs- und Kriegssirrsinn beendet werden. Flankierend hierzu sollte endlich national und weltweit Steuergerechtigkeit hergestellt und somit das weitere Auseinanderdriften unserer Gesellschaft beendet werden!

Übrigens, liebe Leserin, lieber Leser: Flucht und Migration würden sich in ungeahnter Geschwindigkeit enorm vermindern. Johannes M. Becker, Marburg